

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0397/05	Datum 26.09.2005
Dezernat: II	FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	11.10.2005	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Finanz- und Grundstücksausschuss	26.10.2005	öffentlich	Beratung
Stadtrat	01.12.2005	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligte Ämter	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel

Jahresabschluss 2004 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von dem Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Dr. G. Schlömer, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2004 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftsvertreter der GWM werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2004 mit einer Bilanzsumme von 11.937.385,25 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.505.426,69 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.505.426,69 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2004 geleisteten Liquiditätshilfen in Höhe von 351.000,00 EUR zu verrechnen,
 - den nicht verrechenbaren Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.154.426,69 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 1.862.483,40 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Beirat für das Geschäftsjahr 2004 zu entlasten,
 - den Geschäftsführern, Herrn Dr. Puchta und Herrn Tyszkiewicz, für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung zu erteilen,

- den Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Dr. G. Schlömer, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2005 zu bestellen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche Folgekosten/ Folgekosten/ Herstellungskosten)	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
	keine			
Euro	Euro	Euro	Euro	

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:		
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:			
				Jahr		Euro		Jahr		Euro	
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr				davon Vermögens- haushalt im Jahr							
mit Euro				mit Euro							
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							

federführender FB 02	Sachbearbeiter Herr Liebig	Unterschrift FBL Herr Zimmermann
-------------------------	-------------------------------	-------------------------------------

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift Herr Czogalla	
-----------------------------------	----------------------------	--

Begründung:

Der Jahresabschluss 2004 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) erhielt vom Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Dr. G. Schlömer einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk (Anlage 1).

Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2004 ist als Anlage 4 beigelegt. Der Wirtschaftsprüfer stellt fest, dass er im Einklang mit seinen bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und dem Jahresabschluss steht. Der Lagebericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens. Die wesentlichen Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt und die nach § 289 Abs. 2 HGB gemachten Angaben sind vollständig und zutreffend.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungs-Instrumentariums und der Geschäftsführertätigkeit ergab bis auf die unter Punkt 3. aufgeführten Feststellungen und Hinweise keine wesentlichen Beanstandungen.

Das Geschäftsjahr 2004 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.505.426,69 EUR ab. Die Abweichung zum im Wirtschaftsplan geplanten Fehlbetrag in Höhe von 526.000,00 EUR ist maßgeblich durch außergewöhnliche Aufwendungen zur Rückstellungsbildung für Umsatzsteuernachzahlungen für die Jahre 1997 bis 2001 und durch erforderliche Wertberichtigungen auf Forderungen/Sonstige Vermögensgegenstände begründet.

Gegen den im Ergebnis einer Betriebsprüfung des Finanzamtes im November 2004 für die Jahre 1997 bis 2001 erlassenen Steuernachzahlungsbescheide in Höhe von 1,7 Mio. EUR wurde im Dezember 2004 Einspruch erhoben. Zugleich wurde Aussetzung der Vollziehung beantragt, die abgelehnt wurde. Dagegen wurde Beschwerde eingelegt. Am 30.05.2005 sind der Gesellschaft Ablehnungsbescheide des Finanzamtes zum Widerspruch in der Sache und Ablehnung der Aussetzung der Vollziehung zugegangen (siehe Anlage 5).

Hinsichtlich der angedachten Lösung für die gesamte Steuerproblematik wird auf die diesbezüglich gefassten Stadtratsbeschlüsse vom 09.06.2005 und vom 14.07.2005 verwiesen.

Grundsätzliche Feststellungen des Abschlussprüfers

In der Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter werden nachfolgende Aussagen getroffen:

„Die Geschäftsführung der Gesellschaft macht im Jahresabschluss und im Lagebericht folgende wesentliche Angaben zur Lage der Gesellschaft:

Die in den Jahren 2003 und 2004 von der Stadt ausgereichten Liquiditätshilfen, über deren Verwendung die Gesellschafterin lt. Stadtratsbeschluss entscheidet, wurden erfolgsneutral behandelt.

Auf Grund des o. g. Jahresergebnisses 2004 und unter Berücksichtigung der Verrechnung der in 2003 ausgereichten Liquiditätshilfe mit dem Verlustvortrag hat sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf 2.166,9 Tsd. EUR erhöht. Gegen diesen Fehlbetrag wirkt der Sonderposten aus Zuschüssen zum Anlagevermögen in Höhe von 4.980,9 Tsd. EUR, der im Zusammenhang mit der Errichtung des Handwerker- und Gewerbehofes gebildet worden war, und jährlich anteilig

aufzulösen ist.

Im Lagebericht wird weiterhin aufgeführt, dass die Klage der Gesellschaft gegen den von der Finanzverwaltung erlassenen Umsatzsteuerbescheid 1995 anhängig ist. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht bekannt.

Des Weiteren wird im Lagebericht aufgeführt, dass gemäß Prüfungsanordnung vom 28.11.2003 im Berichtszeitraum eine steuerliche Außenprüfung, die Geschäftsjahre 1997 bis 2001 betreffend, stattfand. Gegen diese Prüfungsanordnung wurde – nachdem der Rechtsbehelf des Einspruchs durch das zuständige Finanzamt als unbegründet zurückgewiesen wurde – ebenfalls Klage eingereicht, da nach Auffassung der Gesellschaft der Inhalt der Prüfungsanordnung nicht hinreichend bestimmt ist.“

In seiner Stellungnahme zu entwicklungsbeeinträchtigenden oder bestandsgefährdenden Tatsachen wird nachfolgende Aussage getroffen:

„Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen bestehen zukünftig nur insoweit, wie der Gesellschafter von den im Gesellschaftsvertrag getroffenen Vereinbarungen abweicht.“

Insbesondere ist die GWM gefährdet, falls die anfallenden Kosten nicht bzw. nicht voll-ständig durch den Gesellschafter beglichen werden.

Analyse des Jahresabschlusses 2004 der GWM im Vergleich zum Vorjahr

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Position Umsatzerlöse weist zum 31.12.2004 Erträge in Höhe von 432,7 Tsd. EUR (Vorjahr 430,9 Tsd. EUR) aus. Dabei handelt es sich um Mieterlöse in Höhe von 352,4 Tsd. EUR und die entsprechenden Mietnebenkosten in Höhe von 80,3 Tsd. EUR aus der Ver-mietung des Gewerbe-zentrums Berliner Chaussee.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 294,2 Tsd. EUR (Vorjahr 1.498,5 Tsd. EUR) beinhalten Erträge aus der Auflösung Sonderposten für Investitionen des Anlagevermögens (238,7 Tsd. EUR), Weiterberechnungen für sonstige Leistungen (19,3 Tsd. EUR), Abrechnung Betriebskosten des Gewerbe-zentrums Berliner Chaussee (18,3 Tsd. EUR), Auflösung Rückstellungen und Einzelwertberichtigungen (13,4 Tsd. EUR) und sonstige Erträge (4,5 Tsd. EUR).

Der Materialaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (303,1 Tsd. EUR) um 154,7 Tsd. EUR auf 148,4 Tsd. EUR. Er beinhaltet ausschließlich Aufwendungen für bezogene Leistungen, die sich wie folgt zusammensetzen:

	2004 (Tsd. EUR)	2003 (Tsd. EUR)
- Betriebskosten Handwerkerhof	61,8	65,5

- Clustermanagement	33,7	60,8
- Verschiedene Aufwendungen Handwerkerhof	25,0	24,7
- Aufwand aus Rückerstattung Nebenkosten	16,7	121,1
- Sonstige/Versicherung	8,3	0,0
- Presse/Akquisition	1,6	8,8
- Allg. Kosten Leipziger und Ottersleber Chaussee	1,3	22,2
	<u>148,4</u>	<u>303,1</u>

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (374,3 Tsd. EUR) um 26,5 Tsd. EUR auf 400,8 Tsd. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf die zeitweise Anstellung gering-fülig Beschäftigter und die tariflichen Anpassungen bei den Gehältern und den gesetzlichen sozialen Aufwendungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Tsd. EUR. Darunter sind Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von 3,9 Tsd. EUR.

Die Position Sonstige betriebliche Aufwendungen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (414,3 Tsd. EUR) um 45,6 Tsd. EUR auf 368,7 Tsd. EUR und setzt sich in den Grobpositionen wie folgt zusammen:

	2004 (Tsd. EUR)	2003 (Tsd. EUR)
- Raumkosten	2,2	1,8
- Versicherungen, Beiträge, Gebühren	6,2	16,0
- Werbe-, Reise- und Kraftfahrzeugkosten	7,8	7,0
- Reparaturen und Instandhaltung	0,7	1,2
- Verwaltungskosten	46,1	80,9
- Wertberichtigungen auf Forderungen	211,2	296,9
- Periodenfremde Aufwendungen	85,9	8,4
- Übrige	8,6	2,1
	<u>368,7</u>	<u>414,3</u>

Die Wertberichtigungen auf Forderungen erfolgten im Wesentlichen nach Veräußerung von zwei erschlossenen Grundstücken (3 Parzellen – Leipziger Chaussee/Ottersleber Chaussee) unter Zugrundelegung der erzielten Verkaufserlöse (siehe auch unter der Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“).

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge wurden in 2004 in Höhe von 5,5 Tsd. EUR erzielt (Vorjahr 4,9 Tsd. EUR) und beinhalten Zinserträge Handwerkerhof (4,4 Tsd. EUR), Termingeldzinsen Verwaltung (0,4 Tsd. EUR) und Zinserträge lfd. Konto (0,7 Tsd. EUR).

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 209,1 Tsd. EUR (Vorjahr 214,9 Tsd. EUR) beinhalten die Zinsen Darlehen Handwerkerhof (130,4 Tsd. EUR) und die Zinsen für die Rückforderung Umsatzsteuer 1995 (78,7 Tsd. EUR).

Die Position Außerordentliche Aufwendungen beinhaltet ausschließlich die erwähnte Umsatzsteuernachforderung einschließlich Zinsen des Finanzamtes für die Jahre 1997 bis 2001 in Höhe von 1.725,8 Tsd. EUR (siehe auch unter der Bilanzposition „Steuerrückstellungen“).

Die Sonstigen Steuern in Höhe von 16,5 Tsd. EUR (Vorjahr 21,5 Tsd. EUR) betreffen die Grundsteuer für den Handwerker- und Gewerbehof.

2. Bilanz

Aktiva

Bei dem Ausweis in der Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ in Höhe von 9,7 Tsd. EUR (Vorjahr 15,7 Tsd. EUR) handelt es sich um Software.

Unter der Bilanzposition „Sachanlagevermögen“ werden Zugänge in der Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 7,5 Tsd. EUR ausgewiesen. Die Zugänge betreffen die Anschaffung von Büromöbeln, einer Alarmanlage, einem „Beamer“ sowie einem Laptop. Nach Absetzung der Abschreibungen für das Geschäftsjahr verbleibt ein Restbuchwert in Höhe von 8.436,7 Tsd. EUR (Vorjahr 8.787,8 Tsd. EUR).

Der Ausweis der „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (142,3 Tsd. EUR) um 101,5 Tsd. EUR auf 40,8 Tsd. EUR. Die Forderungen betreffen 10 Positionen, wovon 4 bis zum Prüfungszeitpunkt ausgeglichen waren. Auf 2 offene Forderungen waren Einzelwertberichtigungen in Höhe von insgesamt 758,8 Tsd. EUR anzupassen bzw. vorzunehmen. Zum einen betrifft dies eine Einzelwertberichtigung in Höhe von 751,1 Tsd. EUR auf die aus einem in 1993 geschlossenen Erschließungsvertrag im Gewerbegebiet Leipziger Chaussee/Ottersleber Chaussee bestehende Forderung Burghardt [siehe auch unter 3. Besondere Prüffeststellungen 12. c)] in Höhe von 774,4 Tsd. EUR und zum anderen eine Einzelwertberichtigung in Höhe von 7,7 Tsd. EUR auf die Forderung B + S Logistik GmbH aus Miete und Nebenkosten in Höhe von 10,5 Tsd. EUR. Diese Gesellschaft befindet sich seit Dezember 2004 in Insolvenz.

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (825,1 Tsd. EUR) um 303,7 Tsd. EUR auf 521,4 Tsd. EUR. Zum 31.12.2004 werden unter dieser Position unter anderem die Buchwerte von 3 erschlossenen Parzellen im Gebiet Leipziger Chaussee/Ottersleber Chaussee (329,0 Tsd. EUR), die Schadenersatzforderung gegen das im Fall Burghardt involvierte Anwaltsbüro (183,9 Tsd. EUR) sowie Forderungen gegen das Finanzamt aus Umsatzsteuer, Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag (8,5 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ erhöhte sich zum 31.12.2004 im Vergleich zum Vorjahresstichtag (497,5 Tsd. EUR) um 260,7 Tsd. EUR auf 758,2 Tsd. EUR.

Der aktive „Rechnungsabgrenzungsposten“ wird im Berichtsjahr in Höhe von 3,6 Tsd. EUR (Vorjahr 4,3 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft im Wesentlichen Versicherungen.

Der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ beträgt zum 31.12.2004 2.166,9 Tsd. EUR. Der Vorjahresbetrag (155,5 Tsd. EUR) hat sich um den Jahresfehlbetrag 2004 (2.505,4 Tsd. EUR) erhöht und um die in 2003 geleisteten Liquiditätshilfen (494,0 Tsd. EUR) vermindert. Dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag steht der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen in Höhe von 4.979,9 Tsd. EUR gegenüber.

Passiva

Die Bilanzposition „Sonderposten für Investitionen zum Anlagevermögen“ wird in Höhe von 4.979,9 Tsd. EUR (Vorjahr 5.204,3 Tsd. EUR) ausgewiesen. Für die Errichtung des Handwerker- und Gewerbehofes in Magdeburg wurde vom LFI Sachsen-Anhalt mit Bescheid vom 15.04.1999 ein Investitionszuschuss in Höhe von 70 % der förderfähigen Ausgaben gewährt. Die ursprünglich bilanzierte Summe umfasst die von der Gesellschaft beim LFI abgeforderten Mittel.

„Steuerrückstellungen“ werden in Höhe von 3.648,3 Tsd. EUR (Vorjahr 1.843,7 Tsd. EUR) ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Ansprüche des Finanzamtes aus Umsatzsteuer des Jahres 1995 in Höhe von 1.312,4 Tsd. EUR zzgl. der bis zum 31.12.2004 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 610,1 Tsd. EUR sowie aus Umsatzsteuer der Jahre 1997 bis 2001 in Höhe von 1.470,0 Tsd. EUR zzgl. der bis zum 31.12.2004 aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 255,8 Tsd. EUR.

Die „Sonstigen Rückstellungen“ verringern sich gegenüber dem Vorjahr (60,7 Tsd. EUR) um 18,7 Tsd. EUR auf 42,0 Tsd. EUR. Die Rückstellungen zum 31.12.2004 betreffen Gerichtskosten und Zinsen im Zusammenhang mit der Schadensersatzklage aufgrund fehlerhafter Beratung im Fall Burghardt (28,0 Tsd. EUR), erwarteter Aufwand aus der ausstehenden Betriebskostenabrechnung 04/05 (5,0 Tsd. EUR), Abschluss- und Prüfungskosten (5,0 Tsd. EUR) sowie Resturlaub (4,0 Tsd. EUR).

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ wird in Höhe von 2.585,5 Tsd. EUR (Vorjahr 2.703,7 Tsd. EUR) ausgewiesen. Der Ausweis betrifft ein von der Landeshauptstadt Magdeburg verbürgtes Darlehen zur Finanzierung des Eigenanteils der GWM für den Handwerker- und Gewerbehof auf dem Ölmühlengelände an der Berliner Chaussee. Anteilige Verbindlichkeiten aus Tilgung und Zinsen wurden berücksichtigt.

„Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 39,5 Tsd. EUR (Vorjahr 66,1 Tsd. EUR) ausgewiesen. Bis zum Prüfungszeitraum (Mai 2005) waren alle Verbindlichkeiten beglichen.

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (494,0 Tsd. EUR) um 78,7 Tsd. EUR auf 572,7 Tsd. EUR und setzt sich wie folgt zusammen:

-	Liquiditätshilfen 2004	351.000,00 EUR
-	Anteil an Projektfinanzierung	
	Entwicklung Wirtschaftsstandort MD	150.000,00 EUR
-	Rückzahlung Investitionszuschuss	<u>71.700,00 EUR</u>
		<u>572.700,00 EUR</u>

Über die endgültige Verwendung der Liquiditätshilfen 2004 aus dem Verwaltungshaushalt der Stadt (351,0 Tsd. EUR) wird mit der Feststellung des Jahresabschlusses entschieden. Zur Finanzierung des gemeinsamen Projektes von Magdeburger Unternehmen und der Landeshauptstadt zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Magdeburg wurde der Anteil der Stadt (150,0 Tsd. EUR) im Dezember 2004 bereitgestellt. Da die ursprünglich vorgesehene finanz-technische Bearbeitung/Abwicklung dieses Projektes nicht möglich ist, wurde der Betrag im Februar an die Stadt zurückgezahlt. Die Rückzahlung des nicht verbrauchten Investitionszuschusses (71,7 Tsd. EUR) für das Magdeburger Zentrum für Kreislaufwirtschaft (MZK) erfolgte im März 2005.

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (53,6 Tsd. EUR) um 13,5 Tsd. EUR auf 67,1 Tsd. EUR. Zum 31.12.2004 werden Mietkautionen (60,1 Tsd. EUR), Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer (6,9 Tsd. EUR) sowie aus SV-Beiträgen (0,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Beim Ausweis im passiven „Rechnungsabgrenzungsposten“ in Höhe von 2,4 Tsd. EUR (Vorjahr 2,0 Tsd. EUR) handelt es sich um im Voraus gezahlte Miete.

3. Besondere Prüfungsfeststellungen

Die Ergebnisse der **Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz** (Anlage III des Prüfungsberichts) führten im Wesentlichen unter nachfolgenden Punkten zu Feststellungen bzw. Hinweisen:

6. a) „Risiken sind nach Auskunft der Geschäftsführung fehlende Mieteinnahmen und nicht ausreichende Begleitung bei der Finanzierung von Ausgaben für Gesellschaftszwecke.“
12. c) „Das Überwachungsorgan wurde im Geschäftsjahr über folgende Vorgänge/Sachverhalte informiert:

Im März/April 2004 fand gemäß Prüfungsanordnung vom 28.11.2003 eine steuerliche Außenprüfung, die Jahre 1997 bis 2001 betreffend, statt. Gegen die Prüfungsanordnung wird beim Finanzgericht Klage geführt. Über dieses mit Datum vom 22.12.2004 geführte Rechtsmittel liegt noch keine finanzgerichtliche Entscheidung vor.

Aus Sicht der Finanzverwaltung ergibt sich eine Umsatzsteuernachforderung in Höhe von 1.470 Tsd. EUR zzgl. Zinsen. Gegen die im Ergebnis der Betriebsprüfung ergangenen Umsatzsteuerbescheide wurde Einspruch eingelegt und Aussetzung der Vollziehung beantragt, da die Betriebsprüfung noch nicht abgeschlossen und das Verfahren in vollem Umfang offen ist.

Ungewöhnliche bzw. risikoreiche Geschäftsvorfälle liegen wie folgt vor:

Beim Grundstücksverkauf Burghardt ist die Forderung im Rahmen eines Nachlassinsolvenzverfahrens des Vertragspartners angemeldet worden. Gemäß letzter Mitteilung des Insolvenzverwalters ist mit einer Quote von max. 3 Prozent zu rechnen.

Für den durch einen Vergleich bestätigten Schadensersatzanspruch in Höhe von 184 Tsd. EUR gegen den am obigen Vertragsabschluss beteiligten Rechtsanwalt wurde im Vorjahresabschluss eine Forderung in der genannten Höhe bilanziert; die Zahlung steht zum Prüfungszeitpunkt noch aus.

– Auf Mietforderungen gegenüber einem in Insolvenz befindlichen ehemaligen Mieter wurde eine Einzelwertberichtigung vorgenommen.“

16. b) „Kurzfristige Vermögenswerte werden grundsätzlich kurzfristig realisiert. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie in den sonstigen Vermögensgegenständen sind Ansprüche enthalten, welche mit gerichtlichen Maßnahmen durchgesetzt werden. Die Realisierung kann mittelfristigen Charakter annehmen.“
16. d) „Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus Zuschüssen der Stadt bzw. aus Überschüssen aus der Vermietung der Räume des Handwerker- und Gewerbehofes. Die im Berichtsjahr erzielten planmäßigen Erlöse decken die Aufwendungen des Geschäftsjahres zu 52 %.“
17. a) „Das gezeichnete Kapital (2.201 Tsd. EUR) ist aufgrund der aufgelaufenen Verluste der Vorjahre und des Verlustes des Geschäftsjahres aufgebraucht (Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von 2.166,9 Tsd. EUR). Die Gesellschaft hat 2002 einen Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen gebildet, der nach anteiliger Auflösung zum 31.12.2004 4.980 Tsd. EUR beträgt. Er reicht aus, um das Negativkapital auszugleichen.“

18. b) „Das Jahresergebnis 2004 ist entscheidend von der Zuführung zur Umsatzsteuerrückstellung und zur Rückstellung für Zinsen zur Umsatzsteuer für die Jahre 1997 bis 2001 sowie von erforderlichen Wertberichtigungen auf Forderungen geprägt.“
20. a) „Die Ursachen des Jahresfehlbetrages resultieren aus außergewöhnlichen Aufwendungen für seitens der Finanzverwaltung für die Jahre 1997 bis 2001 nachgeforderte Umsatzsteuer zzgl. Zinsen, aus erforderlichen Wertberichtigungen, Zinsaufwendungen und weiteren betrieblichen Aufwendungen.
Im Übrigen kann die Gesellschaft bei dem derzeitigen Aufgabenfeld keine Überschüsse erwirtschaften. Gemäß Wirtschaftsplan für das Jahr 2004 war ein Jahresfehlbetrag von 526 Tsd. EUR geplant. Die Abweichung von 1.979 Tsd. EUR ist in der Zuführung zur Rückstellung zur Umsatzsteuer für die Jahre 1997 bis 2001 sowie in erforderlichen Wertberichtigungen auf Forderungen/Sonstige Vermögensgegenstände begründet.“

Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2004 wurde in der 11. Beiratssitzung am 07.06.2005 zustimmend zur Kenntnis genommen (Anlage 6).

Der Beirat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss 2004 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 11.937.385,25 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.505.426,69 EUR festzustellen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.505.426,69 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2004 geleisteten Liquiditätshilfen in Höhe von 351.000,00 EUR zu verrechnen, den nicht verrechenbaren Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.154.426,69 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 1.862.483,40 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen sowie den Beirat der GWM und die Geschäftsführer, Herrn Dr. Puchta und Herrn Tyszkiewicz, für das Geschäftsjahr 2004 zu entlasten.

Auf seiner Sitzung am 13.09.2005 hat der Beirat der GWM beschlossen, der Gesellschafterversammlung vorzuschlagen, den Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dipl.-Kfm. Dr. G. Schlömer zum Abschlussprüfer für den Jahresabschlusses 2005 zu bestellen (Anlage 7).

Die Beteiligungsverwaltung schließt sich den Empfehlungen des Beirates an.

Das Prüfungsergebnis 2004 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der GWM sind als Anlage beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache in der Beteiligungsverwaltung des Fachbereiches 02 – Finanzservice eingesehen werden.

Anlagen:

- 1 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- 2 Bilanz 2004
- 3 Gewinn- und Verlustrechnung 2004
 - Lagebericht 2004
 - Steuerliche Verhältnisse (aus Anlage V des Prüfberichtes)
 - Auszug aus dem Protokoll der Beiratssitzung am 07.06.2005
 - Auszug aus dem Protokoll der Beiratssitzung am 13.09.2005